

Mit dem »Tag des Widerstandes und der Befreiung« wurde im Libanon am 25. Mai 2020 an den Rückzug der israelischen Besatzungstruppen vor 20 Jahren aus dem Südlibanon erinnert. Treibende Kraft hinter dem Rückzug war der entschlossene Widerstand der libanesischen Hisbollah, die heute als politische Organisation in Regierung und Parlament des Landes vertreten ist.

Feiern blieben zum 20. Jahrestag aus, weil auch im Libanon wegen der Coronapandemie strenge Ausgangssperren eingehalten werden müssen. Der politische Führer der Hisbollah, Hassan Nasrallah, betonte in Erinnerung an die Geschehnisse, dass der »starke, ehrliche und authentische Geist der Widerstandskämpfer und ihrer Familien« das Schlüsselement für den Erfolg sei. Die Stärke des Libanon sei seine Abwehrfähigkeit, so Nasrallah in einem Radiointerview mit dem Sender *Al-Nour* am 26. Mai. Der Libanon sei nie Angreifer, sondern immer der Angegriffene gewesen.

Israel wisse, dass es nicht mehr die unbesiegbare Macht sei, die es vor 2000 zu sein schien. Es sei völlig von den USA abhängig, die ihrerseits an Einfluss in der Region verlieren. Heute sei klar, dass Israel »auf jeden Angriff auf den Libanon eine Antwort erhalten« werde.

Zur innenpolitischen Lage im Zedernstaat betonte Nasrallah, die Hisbollah habe kein Interesse an einem Bürgerkrieg und wolle auch nicht die Regierung übernehmen. Konflikte zwischen den Religionsgruppen seien im Interesse der Gegner des Landes, daher müsse es klare Vorgaben für politische Veränderungen geben. Fragen der Korruption müssten von der Justiz untersucht werden, die Wirtschaftskrise zu überwinden sei Aufgabe der Regierung, führte Nasrallah aus.

Dafür hat sich die Regierung von Ministerpräsident Hassan Diab an den Internationalen Währungsfonds (IWF) gewandt und am 1. Mai einen Kredit von zehn Milliarden US-Dollar beantragt. Voraussetzungen sind politische Reformen und finanzielle Kürzungsprogramme – die Verhandlungen laufen. Eine Einbindung Libanons in das IWF-System werde von den USA gefördert, sofern es die Regierung mit den Reformen ernst meine, erklärte die US-Botschafterin im Libanon, Dorothy Shea, in einem Interview mit dem Privatsender *OTV*. Die US-Administration prüfe das noch.



Hoffnungsträger für viele: Hisbollah-Führer Nasrallah würde Hilfe aus China dem IWF-Diktat vorziehen (Beirut, 25.10.2019)

## »Nach Osten blicken«

Libanesischer Hisbollah plädiert für selbstbewusste Abkehr von USA. Vertrauen in Regierung als unabhängige Instanz. **Von Karin Leukefeld**

Dem Direktor der Libanesischen Zentralbank, Riad Salamé, stärkte Shea demonstrativ den Rücken, nachdem Diab ihm vorgeworfen hatte, nichts für die Stabilisierung der libanesischen Währung zu tun. Diese ist seit dem Ende des Bürgerkriegs 1990 an den US-Dollar gebunden und verliert seit Monaten an Wert. Salamé genieße »großes Vertrauen« in den internationalen Finanzinstitutionen, betonte Botschafterin Shea. Sollten diese »kein Vertrauen in die Führung der höchsten Finanzinstitutionen Ihrer Regierung haben, werden Sie keinen Zustrom von Investitionen sehen«.

Unterdessen setzen die USA den Libanon, der wirtschaftlich und politisch mit Syrien und dem Iran verbunden ist, mit Finanzsanktionen unter Druck. Die Finanz- und Wirtschaftsblockade des Westens richtet sich auch gegen den politischen Einfluss der Hisbollah in Parlament und Regierung. Mit dem Argument, Überweisungen auf Banken und an die Regierung kämen der

Hisbollah zugute, werden Dollar- und Euro-Zahlungen auf libanesischen Banken kontrolliert und eingefroren. Die Hisbollah ist in den USA, Großbritannien und Deutschland als »Terrororganisation« gelistet.

Verhandlungen mit dem IWF lehnt die Partei ab, hat den Regierungsgesprächen mit dem Fonds aber dennoch unter der Auflage zugestimmt, dass »gute Bedingungen« für den Libanon ausgehandelt werden sollten. Nasrallah betonte in dem Interview jedoch die Notwendigkeit einer weitergehenden Kooperation mit Syrien im Industrie- und Agrarsektor. Die USA wollten »den Libanon erniedrigen und ihm ihre Bedingungen aufzwingen.« Wichtig sei, dass sich das Land von dem Gedanken freimache, es den USA recht machen zu wollen. Der Libanon solle statt dessen »nach Osten blicken«.

Abkommen mit China könnten beispielsweise das Problem der Stromversorgung zu geringeren Kosten lösen,

als wenn eine Zusammenarbeit mit der BRD angestrebt werde, so Nasrallah weiter. Dabei bezog er sich auf ein Angebot des deutschen Botschafters im Libanon, Georg Birgelen, an den libanesischen Ministerpräsidenten Anfang Mai, beim Ausbau des Energiesektors »behilflich« zu sein. Der Diplomat hatte Diab nur wenige Tage, nach dem die Hisbollah in Deutschland verboten worden war, aufgesucht. Nach Angaben der libanesischen Nachrichtenagentur *NNA* bot Birgelen an, dass Deutschland sich – vertreten durch den Siemenskonzern – am Bau von Elektrizitätswerken im Libanon beteiligen könne.

Aber dafür brauche man eine politische Entscheidung, die manche aufgrund ihrer Ängste vor den Vereinigten Staaten scheuten. Würde die aktuelle Regierung von der Hisbollah geführt, »würden wir uns an China wenden«, stellte Nasrallah klar. Aber der Libanon habe eine unabhängige Regierung, »die alle Seiten berücksichtigt«.

## Einseitig ausgerichteter UN-Einsatz

Seit 1978 andauernde internationale Mission unterstützt Israel gegen Libanon

Im Juni entscheidet der UN-Sicherheitsrat über die alljährliche Verlängerung des UNIFIL-Mandats entlang der sogenannten Blauen Linie im Süden Libanons. Die USA wollen den Umfang des seit März 1978 laufenden UN-Einsatzes ausweiten.

Obwohl das erste UNIFIL-Mandat den Abzug der israelischen Streitkräfte aus dem südlichen Libanon sicherstellen sollte, weitete Israel seine Invasionen aus und rückte 1982 bis nach Beirut vor. In der Folge wurde das UN-Mandat Jahr für Jahr verlängert, ohne seinen Auftrag zu erfüllen. Erst angesichts des wachsenden Widerstands der 1985 offiziell gegründeten Hisbollah zogen sich die israelischen Streitkräfte im Mai 2000 zurück. Im Juni 2000 wurde von den Vereinten Nationen die »Blaue Linie« gezogen, eine Demarkationslinie, hinter die sich

die israelischen Truppen zurückzogen. Ein Friedensabkommen zwischen dem Libanon und Israel gibt es nicht.

Der Krieg zwischen beiden Ländern im Sommer 2006 endete im August mit der UN-Sicherheitsratsresolution 1701, die das UNIFIL-Mandat neu beschrieb. Unter anderem soll der UN-Einsatz die libanesischen Armee dabei unterstützen, im Südlibanon alle Kräfte zu entwaffnen, die nicht den Streitkräften angehören. Dieser Paragraph richtet sich bis heute explizit gegen die Hisbollah, die militärisch deutlich stärker ist als die libanesischen Armee.

Bevor das Mandat erneut verlängert wird, forderte die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Kelly Craft, im Sicherheitsrat Anfang Mai, dass UNIFIL eine »effektive Truppe« werden müsse. Hisbollah missachte

die UNSR-Resolution 1701 und schreibe den UN-Einsatz vor, »wo und wann sie patrouillieren darf«. Auch die libanesischen Regierung hindere UNIFIL daran, ihr Mandat umzusetzen, da die Truppe weder inspizieren noch Waffen beschlagnahmen kann. Die USA erwarten, dass der Sicherheitsrat diesen Zustand beende.

Der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, warf den USA gegenüber dem Radiosender *Al-Nour* am 25. Mai vor, die israelischen Forderungen in den Sicherheitsrat zu tragen. Um Israel einen Gefallen zu tun, übe Washington Druck auf Beirut aus. Hisbollah sei nicht gegen die Präsenz der UNIFIL-Truppen im Libanon, sollte es aber eine Änderung des Mandats geben, »könnten wir fordern, dass die Truppen auf die andere Seite der Grenze verlegt werden«.

Israel akzeptiert jedoch seit 1978 keine UNIFIL-Soldaten auf seinem Territorium. Seit Jahren rüstet das Land auf und nutzt den libanesischen Luftraum regelmäßig und völkerrechtswidrig für Angriffe auf Syrien und für die Überwachung des Libanon. Die südliche Grenze wird von der Hisbollah mit einem Luftabwehrsystem gesichert – wo es stationiert ist, ist nicht bekannt.

Im Mai 2020 beteiligten sich 45 Nationen mit insgesamt 10.045 Blauhelmsoldaten an UNIFIL. Die Bundesregierung hat Anfang Mai das Mandat für den UNIFIL-Einsatz im östlichen Mittelmeer verlängert und erweitert. Der Bundestag muss noch zustimmen. Laut UNO sind derzeit 126 deutsche Soldaten an dem Einsatz beteiligt.

Karin Leukefeld

### Hintergrund 20 Jahre Widerstand

In der Nacht vom 24. auf den 25. Mai 2000 zog die israelische Armee aus dem Südlibanon ab. Mit ihr verließen unbestätigten Quellen zufolge bis zu 7.000 Soldaten, Offiziere und deren Familien, Unterstützer und Finanziers der »Südlibanonischen Armee« (SLA) den Libanon in Richtung Israel.

Erstmals waren die israelischen Streitkräfte (IDF) 1978 in den Libanon einmarschiert, um dort gegen die Palästinenser vorzugehen. Bei einer weiteren Invasion 1982 rückten die israelischen Truppen bis nach Beirut vor und besetzten Teile der Hauptstadt. Von dort zogen sie sich erst 1985 in den Süden des Zedernstaates zurück, wo sie mit christlichen SLA-Milizen die Kontrolle über die Region südlich des Litani-Flusses übernahmen. Ziel war ein vom Libanon abgetrennter, christlicher Staat, um mit Israel kooperieren zu können. Für Israel handelte es sich bei dem Gebiet um einen »Sicherheitsgürtel«.

Widerstandsgruppen der libanesischen Kommunisten, der Palästinenser und schiitischer Milizen nahmen den Kampf gegen die SLA und die IDF auf. In dieser Zeit entstand die Hisbollah, deren Führer Abbas Musawi im Februar 1992 bei einem gezielten Angriff der israelischen Luftwaffe ermordet wurde. Sein Nachfolger wurde Hassan Nasrallah, der die Partei bis heute als Generalsekretär führt.

In Erinnerung an den Widerstand gegen die israelische Besatzung und deren Opfer weihte die Hisbollah im Mai 2010 ein Freiluftmuseum in Mleeta ein. Ort und Umgebung gelten als der ursprüngliche Ausgangspunkt des Kampfes. Ein Rundweg über das weitläufige Gelände führt durch Täler und Hügel und zeigt, wie die Widerstandskämpfer lebten, ausgebildet wurden und Überfälle auf die IDF und SLA planten. Besonders auffällig ist der »Panzerfriedhof« im Eingangsbereich, in dem Panzer, Gewehre und andere militärische Güter der israelischen Truppen teilweise eingegraben sind. Es wirkt, als seien sie in einem Sumpf versunken.

Zwischen 1985 und 2000 starben in dem Konflikt offiziellen israelischen Angaben zufolge 256 israelische Soldaten, mehr als 800 wurden verletzt. Dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak waren die Kosten für den Einsatz zu groß geworden, die Besatzung konnte innerhalb Israels den Familien der Soldaten nicht mehr vermittelt werden. Wenige Monate nach dem Truppenabzug im Mai 2000 löste der rechte Politiker Ariel Scharon mit seinem Erscheinen auf dem Haram Al-Scharif, dem Tempelberg in der Altstadt von Jerusalem, die zweite Intifada aus. Die palästinensische Aufstandsbewegung dauerte bis 2005 an.

(kl)